

THAILAND

Vertuschte Katastrophe

Das offizielle Thailand hat im Vertuschen von Katastrophen und Skandalen eine gewisse Tradition. Im Falle des Tsunamis kam dadurch vielerorts die Hilfe zu spät.

In dem kleinen Restaurant für Touristen läuft der Fernseher, abwechselnd BBC oder CNN, den ganzen Tag lang. Viele Touristen setzen sich gebannt von den Überblicksmeldungen an die kleinen Tische der "Sandee Family" und bestellen ein Getränk oder gleich Essen. Doch auch viele Thais bleiben stehen und schauen sich die Berichte der internationalen TV-Kanäle an. "Im Thai-Fernsehen wird nicht viel berichtet und auch stets abgewiegelt", erzählt Lee, Mitte 30 und Mutter eines achtjährigen Jungen. Sie massiert am Strand Touristen auf die recht schmerzvolle traditionelle Thai-Art. "Und in den Zeitungen steht auch nicht viel, die meisten Medien gehören doch Thaksin oder stehen unter seiner direkten Kontrolle", so Lee weiter.

Thaksin Shinawatra ist der Premierminister Thailands. Der Multimillionär Shinawatra verfügt über ein riesiges Wirtschaftsimperium. Er ist eine Art Berlusconi Thailands. Ihm gehören TV-Anstalten, Zeitungen, Satelliten-Netzwerke, Supermarktketten und vieles mehr im Land des Lächelns. Und da Thailand vom Tourismus lebt und Thaksin - die meisten Thais nennen ihn beim Vornamen - letztlich auch, wird verschwiegen was nicht sein

darf. Niemand kennt die genauen Opferzahlen. Zu Beginn sprach die thailändische Regierung von nur 200 Toten im Land und nur allmählich sickerte durch, dass dafür zigtausend "Vermisste" gezählt wurden. Nur langsam stiegen die Opferstatistiken. Während alle anderen Länder die Zahlen schnell sehr hoch ansetzen und auf das wahrscheinlich schreckliche Ausmaß des Unglücks verwiesen, das viel

mehr Tote erwarten lasse, übte sich die Thairegierung im Herunterreden des Ausmaßes des Unglücks. Auch die englischsprachige "Bangkok Post" täuschte noch am dritten Tag nach dem Unglück "business as usual" vor. Von offiziellen Stellen bestätigt wurden bis Sylvester nur 3.689 Tote. Gemäß der Angaben von Anuwat Maytheewibulwut - Gouverneur der am stärksten betroffenen Provinz

Phangnga, zu der auch Phuket, Krabi und die "The Beach"-Filmkulisseninsel Ko Phi Phi liegt - sollen 2.027 davon Ausländer und 1.662 Thailänder gewesen sein. Mittlerweile spricht die thailändische Regierung von 8-9.000 Vermissten. "Wir gehen davon aus, dass 80 Prozent der als verschwunden gemeldeten Personen tot sind", so der thailändische Premierminister Thaksin Shi-

nawatra in einer seiner letzten Aussagen vor Jahresende. Doch auch diesen Zahlen ist wohl wenig Vertrauen zu schenken. Denn Thailänder nicht mitgezählt melden allein die Botschaften 30 verschiedener Länder insgesamt 6.121 Verschwundene.

Reich wie der Premier

Im Jahr 2001 gewann Shinawatra mit seiner rechtspopulistischen Partei Thai Rak Thai ("Thais lieben Thais"). Er versprach allen Thais so reich zu werden wie er selbst, verkaufte ihnen den Traum des "selfmade man". Seitdem geht es mit den ohnehin beschränkten demokratischen Rechten und der limitierten



"Die schönste Insel der Welt" - das thailändische Ko Phi-Phi, bevor es der Flut zum Opfer fiel.

(Foto: Archiv)

Dario Azzellini ist freier Journalist und hält sich zur Zeit in Thailand auf.

INDONESIEN

Flut im Sperrgebiet

Die indonesische Provinz Aceh ist am stärksten von der Flutkatastrophe betroffen. Nur zögerlich organisiert die Regierung Hilfsmaßnahmen für die umkämpfte Region.

Am schlimmsten betroffen von der Erdbeben- und Flutkatastrophe am zweiten Weihnachtsfeiertag ist die Region Aceh. Aktuelle Zahlen sprechen von über 80.000 Toten in Aceh, Tendenz steigend. Die Provinz am Nordzipfel der indonesischen Insel Sumatra ist jedoch nicht erst seit voriger Woche eine Krisenregion. Seit vielen Jahren ist das Leben der Menschen in Aceh von Leid und Angst geprägt. 40 Prozent leben unter der absoluten Armutsgrenze mit weniger als zwei Euro täglich. 1976 erhoben Unabhängigkeitskämpfer der Bewegung Freies Aceh (Gam) die Waffen gegen die indonesische Zentralregierung. In den vergangenen Jahren eskalierte der Konflikt. Ende Mai 2003 wurde in Aceh das Kriegsrecht verhängt und ein Jahr später durch den zivilen Notstand abgelöst. In der Realität bedeutet dies nur, dass die Befehlsgewalt vom Militär auf die zivile Regierung der Provinz übertragen wurde.

30.000 bis 40.000 Soldaten stehen in Aceh. Die Militäroperationen der indonesischen Streitkräfte (TNI) dau-

ern auch nach der Katastrophe an. Jeden Tag erreichen uns Meldungen von bis zu zehn Todesopfern. Ausländischen Organisationen, Journalisten und Touristen ist der Zugang in die Provinz seit Verhängung des Kriegsrechts nahezu völlig versperrt.

Während aus Sri Lanka und Thailand sofort berichtet wurde, vergingen Tage, bis die ersten Nachrichten aus Indonesien eintrafen. Die Tatsache, dass auch europäische und vor allem deutsche Urlauber zu den Opfern zählen, erhöht die Betroffenheit und damit auch die Spendenbereitschaft. Viele Leute glaubten jedoch, am stärksten betroffen seien Sri Lanka und Thailand. Diese beiden Länder bilden deshalb zusammen mit Indien den Schwerpunkt bisheriger Hilfsaktionen internationaler Organisationen.

Zugang verwehrt

Auch in der indonesischen Hauptstadt Jakarta wurde die Katastrophe völlig unterschätzt. Fernsehunterhaltungsprogramme wurden nur kurz unterbrochen, um das Seebeben zu vermelden. Erste

Schätzungen beliefen sich "nur" auf 4.000 Tote. Erdbeben und Vulkanausbrüche gehören in Indonesien fast zum Alltag. Es dauerte, bis man langsam begriff, dass dieses neuerliche Beben Ausmaße annahm, die höchstens von der Explosion des Vulkans Krakatau im Jahre 1883 übertroffen wurden. Die völlige Fehleinschätzung der Lage seitens der Regierung zeigt ein weiteres Mal ihre Ferne von den Problemen der Menschen vor Ort - eine der Ursachen für die seit Jahren anhaltenden Sezessionsbestrebungen in Aceh.

Politische Bedenken behielten zunächst die Oberhand. Es dauerte drei Tage, bis sich die Regierung dazu durchringen konnte, den Ausnahmezustand auszusetzen und das Krisengebiet für internationale Hilfsorganisationen zu öffnen. Die dem Epizentrum am nächsten gelegene Stadt Meulaboh wurde erst zwei Tage nach der Flutwelle überflogen, um die Lage in Erfahrung zu bringen. Schätzungsweise ein Zehntel der 40.000 Einwohner Meulabohs hat überlebt.

Während in Sri Lanka und Thailand sofort die Bergungsarbeiten begannen, befanden sich Rettungsaktionen der großen Hilfswerke für Aceh Ende der vergangenen Woche größtenteils erst in der Vorbereitungs- oder Anlaufphase. Keine der großen Organisationen kann auf lokale Netzwerke von Partnerorganisationen zurückgreifen - eine Folge der langen Abschottung des Gebietes. Und auch jetzt noch unterliegen alle Hilfsaktionen der Aufsicht des Militärs. Zugelassen sind nur Organisationen und Journalisten, die bereits in Indonesien akkreditiert sind, andere müssen zunächst ein bürokratisches Genehmigungsverfahren durchlaufen. Strenge Vorschriften gelten auch für die Aktivitäten der Hilfsorganisationen und Medienvertreter. "Politische Angelegenheiten Nein, soziale Angelegenheiten Ja", gab Vizepräsident Jusuf Kalla zu verstehen.

Solche Beschränkungen könnten bald zum Politikum werden. Denn Nichtregierungsorganisationen und Presse haben sich vorgenommen, die Hilfsaktionen genau unter die Lupe zu nehmen und zu beobachten, ob die Kriegsparteien TNI und Gam versuchen, die Lage zu ihren Gunsten auszunutzen. Vor allem gilt das Augenmerk der Korruption. Allzu häufig kam es in der Vergangenheit vor, dass Politiker und Bürokraten

einen tiefen Griff in die Spendenkassen wagten. Insbesondere die Verwaltung in Aceh gilt als korrupt. Erst kürzlich wurde der am 7. Dezember wegen Korruptionsverdachts verhaftete Gouverneur der Provinz, Abdullah Puteh, seines Amtes enthoben.

Somit ist der Gouverneursposten vakant, und weite Teile der Zivilverwaltung Acehs liegen in Trümmern bzw. waren wegen des Krieges schon seit Monaten nicht mehr arbeitsfähig. Konsequenterweise übernahm nun vorübergehend die Zentralregierung in Jakarta wieder das Kommando. Das Gesetz über die "besondere Autonomie", das am 1. Januar 2002 in Kraft getreten war, wurde somit wohl endgültig obsolet.

Fraglicher Waffenstillstand

Ob der von beiden Seiten verkündete, aber nicht formell vereinbarte Waffenstillstand eingehalten wird, bleibt fraglich. Vereinzelt erreichen uns Berichte von neuerlichen bewaffneten Zusammenstößen. Nur wenige Stunden nach der Flutkatastrophe wurden vor der Kulisse von mindestens 3.000 völlig zerstörten Häusern in Bireuen vier Menschen erschossen, darunter der lokale stellvertretende Kommandeur der Widerstandsbewegung. Die relative

Alex Flor ist Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia! e.V.

Pressefreiheit in der formal konstitutionellen Monarchie mit Mehrparteiensystem und Wahlen weiter bergab. Dabei genießt das Parteiensystem ohnehin nicht viel Vertrauen. Seilschaften, Korruption, schmutzige Geschäfte, Betrug, Entführungen und sogar Mord charakterisieren Wahlen und die Machtaufteilung unter den Kandidaten, die meist aus Armee, Polizei und Oberschicht stammen.

Bereits die Finanzkrise 1996-1997 rüttelte zutiefst am Vertrauen in das politische System, Shinawatra stolperte schließlich von Vertuschungsskandal zu Vertuschungsskandal und 2004 erhöhte die brutale Repression der Armee im Zuge der Suche nach vermeintlichen Al-Qaida-Ablegern im mehrheitlich muslimischen Süden des Landes weiter die Spannungen. Die Armee ging selbst gegen friedliche Demonstrationen mit Gewalt vor und ließ zudem hunderte verhafteter Demonstranten im Oktober 2004 in LKWs zusammen gepfercht ersticken. Sogar der König und seine Frau, die sich sonst jeden politischen Kommentars enthalten, mahnten die Regierung zur Mäßigung.

Doch eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission stellte natürlich fest, dass die Armee keine Schuld am Tod hunderter Demonstranten traf. Diese waren "einfach erstickt". Unglückliche Umstände eben. Die Regierung Thaksin ist ein Meister im Vertuschen, nicht nur im Fall der Tsunami-Opfer. Über Thailand wacht - so der Eindruck der vergange-

Tsunami und die Folgen

Die Katastrophe war unvermeidbar, doch das Ausmaß, das sie gewonnen hat, ist vielfach auf politische Ursachen zurückzuführen. Das zeigen die Beispiele Thailand und Indonesien.

nen Jahre, glaubt man den offiziellen Regierungsverlautbarungen - eine schützende Hand, die es von sämtlichen Katastrophen der Region verschont.

So zuletzt als die gesamte Region ab Ende 2003 von der Geflügelgrippe betroffen war. Während in Vietnam und Kambodscha Hühnerfarmen geschlossen wurden, der Verkauf von Geflügel vorrübergehend eingeschränkt und Informationskampagnen gestartet wurden, war in Thailand alles bestens. Die Regierung leugnete hartnäckig die Präsenz des Virus H5N1 im Land und die Menschen, die ihm erlagen, starben offiziell aus anderen Ursachen. Das Touristikziel sollte nicht gefährdet werden und ebensowenig die Rolle Thailands als einer der größten Hähnchenexporteure der Region.

Nach zwei Monaten gab die Regierung schließlich das vereinzelte Auftauchen der Geflügelgrippe im Land zu. Nur 40 Tote soll sie in Thailand offiziell verursacht haben. Ob die Geflügelgrippe noch im Land kursiert ist unklar. Die Bekanntgabe ihrer Existenz verband Thaksin mit der Drohung alle verantwortlichen Minister rauszuschmeißen, wenn "die Epidemie nicht innerhalb von ei-

nem Monat ausgelöscht" wird. Doch seitdem wurde darüber kein Wort mehr verloren, Monate sind vergangen, die Minister sind noch auf ihren Posten. "Thaksin musste erst seine Hühnerfarmen verkaufen und seine Investitionen in dem Sektor umschichten", berichtet Lee abgeklärt, "für ihn ist alles nur Geschäft, die Menschen interessieren ihn nicht".

Suche mit bloßen Händen

Ebenso versucht die thailändische Regierung aktuell die wahren Ausmaße des Unglücks zu verschweigen. Damit hat sie Hilfsmaßnahmen verzögert. Ganze Regionen wurden anfangs im Stich gelassen und damit die Anzahl der Opfer in die Höhe getrieben. Mittlerweile ist klar, dass nicht nur die Insel Phuket (wie zunächst behauptet), und einige weitere Orte und Inseln in der Gegend (wie später zugegeben), vom Tsunami betroffen waren. Die gesamte Westküste, von Ko Lanta an der Grenze zu Malaysia, Krabi, die Phangnga-Bucht, über die Strände der Khao-Lak-Küste bis hinauf zur Grenze nach Myanmar (Burma) war von der Zerstörung betroffen. In der Provinz von Rannong gruben die Überleben-

den tagelang mit bloßen Händen nach Vermissten und Verschütteten.

Dabei steht Thailand als relativ modernes Land nicht vor dem Problem Sri Lankas, nicht über Mittel und Ausrüstung für ein schnelles Eingreifen zu verfügen. Das Vorgehen der Regierung muss als kalkuliert angesehen werden, um den internationalen Tourismus nicht zu verschrecken. So verschwieg die Regierung auch die Horrorgeschichte der Fünf-Sterne-Ferienanlage "Magic Lagoon" von Sofitel, an der Küste von Khao Lak, unter deren Trümmer an die 2.000 Touristen und Thai-Angestellte von der Riesenwelle begraben wurden. Erst nach drei Tagen und durch die Enthüllungen des französischen Radiosenders "Europe 1" erfuhr die Öffentlichkeit von dem Luxusmassengrab, das bis dahin von keiner Hilfsmannschaft aufgesucht worden war.

Doch im Februar finden in Thailand Wahlen statt und Premier Thaksin ist besorgt um seine Wiederwahl. "Keiner weiß, ob er noch mal Premier wird, aber jeder weiß, dass er sich wohl ins Ausland absetzen wird, wenn es nicht klappt. Ohne Protektion von höchster Stelle ist er bei seinen ganzen obskuren Machenschaften nicht mehr sicher in Thailand," erzählt Lee. Denn während das Bruttoinlandsprodukt des Landes in Thaksins Amtszeit um 16 Prozent fiel, stiegen die Aktien der familieneigenen Holding um satte 70 Prozent.

Dario Azzellini

Kritische Information online

Wer mehr als nur Opferstatistiken und Kontonummern im Internet finden will, sollte sich beim Online-Magazin Telepolis umschauen. Bereits am 30. Dezember erschien dort der Beitrag "Die Weihnachtsflut kam nicht wirklich überraschend". Von "seit 500 Jahren keine Tsunamis" im Indischen Ozean, wie dies in den Nachrichten behauptet wurde, könne absolut keine Rede sein, schreibt Wolf-Dieter Roth. Die Region um Sumatra sei seit Jahrhunderten geologisch sehr aktiv, der Krakatau-Ausbruch erst 121 Jahre her - in geologischen Maßstäben ein paar Minuten. Schlussfolgerung: "Es mag im Indischen Ozean also nur alle hundert Jahre Tsunamis geben statt alle zehn wie im Pazifik, doch ist dies kein Argument, auf ein Vorwarnsystem zu verzichten."

Interessant sind auch die Beiträge "Wer ist großzügiger?" (Florian Rötzer, 02.01.2005) über den Spendenwettbewerb zwischen den Regierungen und "Es ist mehr als nur Nothilfe nötig" (Harald Neuber, 31.12.2004). Letzterer stellt die Glaubwürdigkeit der Regierungszusagen in Frage und kritisiert, dass Militärpolitik und humanitäre Hilfe vermischt werden. Den nebenstehenden Beitrag zu Thailand hat Telepolis ebenfalls veröffentlicht. Es kommen regelmäßig Beiträge hinzu, welche neue Aspekte der Katastrophe und ihrer Folgen beleuchten.

www.heise.de/tp

Réactions altermondialistes

Le portail altermondialiste Rezo.net a mis en place une page spéciale sur le tsunami (http://rezo.net/dossiers/seisme_asie). On y trouve des liens vers des articles de journaux, des analyses et des communiqués de presse en langues française et anglaise.

Ainsi le Comité pour l'annulation de la dette du Tiers-Monde (www.cadtm.org) appelle à "stopper le tsunami de la dette". Il demande l'annulation de la dette extérieure publique non seulement des pays concernés mais de l'ensemble des pays en développement. "Les populations se saignent aux quatre veines pour que leur pays rembourse les riches créanciers du Nord", dénonce le Comité, alors que l'argent manque pour les services de base, manque particulièrement sensible lors de catastrophes naturelles comme celle-ci.

Attac a également publié un communiqué (<http://france.attac.org/a3737>). L'ONG compare le volume des aides d'urgence aux budgets militaires mais aussi aux revenus des personnes les plus riches. Elle propose un prélèvement fiscal mondial exceptionnel pour financer l'aide aux pays ravagés. Ainsi une taxation à hauteur de 0,05 pour cent de toutes les actions cotées en bourse permettrait de recueillir dix milliards d'euros.

Friedens- statt Kriegsschiff

Hier ein Feldlazarett, da eine Trinkwasseranlage - westliche Streitkräfte leisten Katastrophenhilfe in Südostasien und erhoffen sich davon einen Imagegewinn. Dass es neben militärischen Krisenreaktionskräften auch zivilgesellschaftliche Ressourcen gibt, die schnell einsetzbar sind, zeigt die Zusammenarbeit von Greenpeace und Médecins sans frontières (MSF) an der Westküste von Sumatra. Die Umweltorganisation setzt ihr Schiff Rainbow Warrior dort ein, um den MitarbeiterInnen von MSF Zugang zu entlegenen Gebieten zu verschaffen. <http://greenpeace.org.au/>

MSF suspend la collecte de dons

La nouvelle a de quoi surprendre. Alors que les images apitoyantes montrant les dévastations causées par le tsunami défilent en boucle sur les écrans de télé, Médecins sans frontières (MSF) annonce qu'elle n'est pas à même d'affecter plus d'argent à son aide d'urgence. Les capacités d'action de l'ONG spécialisée dans l'assistance médicale sont dépassées "L'argent déjà reçu nous permet d'envisager des opérations massives dans les différents pays concernés", affirme Pierre Salignon, directeur général de MSF dans une interview en ligne (www.msf.fr). Et d'expliquer: "Nous avons des engagements très stricts vis-à-vis de nos donateurs: chaque euro collecté pour l'Asie du Sud sera dépensé pour des programmes dans la région." Cette suspension de la collecte de fonds concerne uniquement MSF et non les autres ONG engagées dans la région sinistrée. MSF rappelle également que d'autres crises sont moins médiatisées mais tout aussi dramatiques: épidémie du Sida en Afrique, guerres au Congo et au Darfour. MSF Luxembourg s'est rallié à l'initiative et suggère d'effectuer des dons à son fonds d'urgence. Ce fonds sans affectation géographique est à disposition de l'ONG pour des situations où la vitesse de réaction est cruciale pour sauver des vies.



Die Küstenlinie von Banda Aceh nach der Flutkatastrophe.

(Foto: DigitalGlobe)

Ruhe der vergangenen Tage ist möglicherweise eher darauf zurückzuführen, dass beide Parteien paralysiert sind. Die TNI verlor durch die Flut hunderte, wenn nicht tausende ihrer Soldaten.

Im Moment steht für die Menschen in Aceh die Sorge um das Überleben im Vordergrund. Es fehlt an Nahrungsmitteln, medizinischer Ver-

sorgung und sauberem Trinkwasser. Der Ausbruch von Malaria, Dengue-Fieber, Durchfallerkrankungen und anderen Seuchen könnte schon in Kürze weitere Todesopfer fordern. Es fehlt an Kerosin zum Kochen und an Treibstoff. Straßen und Brücken sind zerstört, der Flughafen von Banda Aceh ist schwer beschädigt.

Die Hilfsbereitschaft in der indonesischen Bevölkerung ist groß. In vielen Städten wurden Sammelstellen für Kleidung, Medikamente und Nahrungsmittel eingerichtet. Doch die Verteilung von Hilfsgütern durch Freiwillige ist nur eine Form von Soforthilfe. Dringende Aufgaben wie die Wiederherstellung der Trinkwasserversorgung, die Ein-

richtung von Notlazaretten und vieles mehr können nur von entsprechend geschultem und ausgerüstetem Personal großer Hilfsorganisationen wahrgenommen werden. Wenn das Militär es zulässt.

Alex Flor